

es bisher nur ungenügend verstanden haben, alle deutschen Patrioten für den Kampf um ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland zu mobilisieren. Tief beeindruckt waren die Teilnehmer der Vorstandssitzung der Vereinigung Demokratischer Juristen von den Ausführungen eines westdeutschen Juristen, der mit einfachen Worten den schweren Kampf der fortschrittlichen Juristen Westdeutschlands schilderte und bat, die Juristen der Deutschen Demokratischen Republik möchten noch mehr als bisher helfen, ihre Arbeit in Westdeutschland zu unterstützen. Diese Bitte muß das Sekretariat der Vereinigung schnellstens erfüllen und ganz konkrete Beschlüsse darüber fassen, wie eine ständige Unterstützung gewährleistet werden kann.

Wie wir daraus ersehen, hat der Vorstand der Vereinigung Demokratischer Juristen dem Sekretariat eine Vielzahl von Aufgaben gestellt, die das Sekretariat aber nur dann erfüllen kann, wenn alle Juristen mit-helfen.

Es ist unser Ziel, zu erreichen, daß jeder Bürger unserer Republik begreift, daß unsere Demokratie unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauernmacht

die Einheit von Staatsmacht und Volk bedeutet. Wenn sie das begreifen, werden sie eine enge Verbindung mit den Staatsfunktionären halten und zur Mitarbeit bereit sein. Dort, wo es eine solche Mitarbeit nicht gibt, wo es keine Kritik und Selbstkritik gibt, gibt es kein demokratisches Leben, ist eine wirkliche Demokratie schlechthin unmöglich. Ohne Kritik und Selbstkritik wird der Bürokratismus tiefe Wurzeln schlagen. Der Bürokratismus aber lähmt den Fortschritt und öffnet der Schlamperei Tür und Tor; er führt unter gewissen Umständen zu der Möglichkeit, daß sich die Feinde unserer Arbeiter- und Bauernmacht in wichtige Positionen einschleichen können.

Alle diese Fragen müssen auch bei der Ausarbeitung unserer Materialien behandelt werden, um diese lebendig und allgemeinverständlich zu machen.

So gewappnet, werden unsere Juristen bei der Vorbereitung der Volkswahl beweisen, daß sie wahrhafte und glühende Patrioten sind, die dazu beitragen, die Kräfte der Nationalen Front des demokratischen Deutschland weiter zu stärken als Voraussetzung für den Sieg im Kampfe um die Einheit Deutschlands und um den Frieden der Welt.

Die Arbeit der Justiz auf dem Lande verstärkt weiterführen!

Von FRITZ BÖHME, Hauptabteilungsleiter im Ministerium der Justiz

Das Kollegium des Ministeriums der Justiz hat in den letzten Wochen überprüft, in welcher Weise die Gerichte, die Justizverwaltungsstellen und die Notariate die in der Entschließung des 17. Plenums des ZK der Partei der Arbeiterklasse gegebenen Hinweise durchgeführt haben.

Eine ausführliche Anleitung zur Entfaltung der politischen Massenarbeit auf dem Dorfe gab der Minister der Justiz den Leitern der Justizverwaltungsstellen bereits im Februar 1954 auf einer Arbeitsbesprechung in Berlin, weitere Anleitung erfolgte durch die „Neue Justiz“¹⁾. Die Gerichte und Staatlichen Notariate wurden darauf hingewiesen, daß Richter, Schöffen und Notare die politische Massenarbeit in den der Justiz eigenen Formen entfalten müssen, also durch Justizaus-spracheabende und öffentliche Berichterstattung auch in den sog. vergessenen Dörfern, durch Sprech-tage und Erteilung von Rechtsauskünften in landwirt-schaftlichen Produktionsgenossenschaften, MTS und volkseigenen Gütern, durch aufklärende und vor-beugende Arbeit der Ständigen Kommission für Volks-polizei und Justiz, Mitarbeit an Dorfzeitungen usw. Für die Durchführung der Justizaus-spracheabende auf dem Lande wurde den Gerichten ein Plan für die Themengestaltung übersandt sowie Referentenmaterial über die Lage der westdeutschen Landwirtschaft, zur Lage der werktätigen Bauern in Westdeutschland und zum Thema Seuchenbekämpfung in der Landwirtschaft.

Die meisten Gerichte sind mit Schwung und Be-geisterung an die Durchführung dieser Aufgabe ge-gangen. Es gab überall dort keine objektiven Schwierig-keiten, z. B. Fahrzeugbeschaffung für Referenten, wo unsere Gerichte sich bewußt waren, daß Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse nicht nur gründlich zu studieren, sondern auch durchzuführen sind, und wo die Justizverwaltungsstellen erkannten, daß die Durch-führung der Beschlüsse von ihnen nicht nur laufend zu kontrollieren ist, sondern daß um die Durchführung der Beschlüsse auch beharrlich gekämpft werden muß.

Voraussetzung für jede erfolgreiche propagandistische Arbeit auf dem Lande ist die genaue Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises und jedes Dorfes. Diese Kenntnis vom Kreisgebiet ge-wannen unsere Gerichte durch enge Zusammenarbeit mit den für die politische Arbeit im Kreise verant-wortlichen Stellen und der Nationalen Front, den Räten der Kreise und den Bürgermeistern. Die Orien-tierung über die Schwerpunkte, die Klassenverhält-nisse und die Arbeit des Klassenfeindes im Kreisge-biet war weniger schwierig. Schwieriger war es, auch von jeder Gemeinde, von jedem bislang vergessenen Dorf ein richtiges Bild zu erhalten, weil genaue Dorf-

Analysen bisher fehlten. Diese schwierige Aufgabe wurde jedoch von den meisten Gerichten gelöst.

Ausgehend von diesen Kreis- und Dorf-Analysen haben die Direktoren und die Richter der ländlichen Kreisgerichte des Bezirkes Leipzig z. B. innerhalb von zwei Monaten in 60 Ausspracheabenden mit den werk-tätigen Bauern über Seuchenbekämpfung und über die Verhütung von Bränden in der Landwirtschaft ge-sprochen. Sechs Kreisgerichte dieses Bezirkes führen außerdem ständige Rechtsberatungen in MTS und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch und fünf Staatliche Notariate gehen zu regel-mäßigen Sprechtagen auf das Land. Im Bezirk Schwerin erteilen 14 Kreisgerichte regelmäßig Rechts-auskünfte auf dem Lande und die Staatlichen Nota-riate führen 15 Sprechtage für die Landbevölkerung durch. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt haben einige Kreis-gerichte zusammen mit dem Landfilm und der Feuer-löschpolizei Justizaus-spracheabende über Brandver-hütung in der Landwirtschaft dadurch interessant ge-staltet, daß sie einen kurzen Lehrfilm über die Brand-verhütung vorführten. Der Besuch dieser Veranstaltun-gen war immer gut.

Insgesamt sprachen unsere Richter innerhalb von drei Monaten auf rund 1000 Justizaus-spracheabenden zu den werktätigen Bauern. Der größte Teil der Ver-anstaltungen war gut besucht. Das ist ein gutes Er-gebnis.

Eine große Zahl unserer Kreisgerichte hat auch Patenschaftsverträge mit landwirtschaftlichen Produk-tionsgenossenschaften abgeschlossen. Die Hilfe der Richter, Notare, Sekretäre, Protokollanten usw. bestand hier nicht in erster Linie in der Unkrautbekämpfung, Erntehilfe oder sonstigen körperlichen Arbeit, sondern vorwiegend in der Anleitung und Unterstützung der Buchhalter der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch Sekretäre und Kostenbearbeiter der Gerichte und in der Übernahme von Referaten über aktuelle politische Fragen. Einige Gerichte haben auch qualifizierte Propagandisten für Zirkel zur Verfügung gestellt und damit zur Hebung des Wissens unserer Genossenschaftsbauern beigetragen. Darin kann auch der Sinn und Zweck von Patenschaften zwischen Ge-richt und landwirtschaftlicher Produktionsgenossen-schaft in erster Linie nur bestehen. Das haben fast alle unsere Gerichte richtig erkannt.

Wir können sagen, daß unsere Richter, Schöffen und Notare im allgemeinen die Forderung aus der Entschlie-ßung des 17. Plenums „Das Gesicht dem Dorfe zu“ richtig verstanden und richtige Schlußfolgerungen für ihre propagandistische Arbeit daraus gezogen haben. Trotzdem gibt es noch einige Mängel, die es zu überwinden gilt.

Unsere Richter waren nicht immer in der Lage, auf Fragen der werktätigen Bauern zum Anbauplan, Tier-

¹⁾ Benjamin, „Das 17. Plenum der SED und die Aufgaben der Justiz auf dem Dorfe“, NJ 1954 S. 97.